

Kindergärten – Verbesserte Betreuung: Land und Kommunen einigen sich nach langem Ringen über die Finanzierung

Orientierungsplan wird abgespeckt

VON HERMANN NEU

STUTTGART. Nach monatelangem Ringen haben sich das Land und die Kommunen auf die nur teilweise Umsetzung des Orientierungsplans für Kindergärten sowie auf ein Finanzpaket geeinigt. Unter anderem soll die Zahl der Fachkräfte pro Kindergartengruppe bis 2012 in drei Schritten von 1,5 auf 1,8 steigen. Das Land übernimmt zwei Drittel der im Endausbau fälligen Kosten von 200 Millionen pro Jahr.

Weitere Kernpunkte des seit fünf Jahren debattierten Orientierungsplans wie beispielsweise die 'Akademisierung' der Erzieheraus- und Fortbildung wurden im Zuge des Kompromisses vertagt. Ziel des in mehreren Modellversuchen erprobten Orientierungsplans ist die Verbesserung der

Schulreife und der Sprachkompetenz von Kindern.

Eine Übereinkunft erzielten Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sowie die Präsidenten des Städtetags, Ivo Gönner, und des Gemeindetags, Roger Kehle, auch bei ebenfalls seit längerem strittigen weiteren Finanzfragen. Im Zuge des Streits über den Kindergarten-Orientierungsplan hatten die Kommunen noch Ende Oktober mit Klagen gedroht. Sie hatten das Finanzvolumen für die vollständige Umsetzung des Plans auf 650 Millionen beziffert. Das Land nannte dagegen nur 140 Millionen. Es muss nun für die Verbesserung der Personalquote sowie für die mit zehn Millionen Euro pro Jahr veranschlagte Fortbildung und für Fachberater zusammen 144 Millionen pro Jahr zahlen.

Oettinger nannte die Verhandlungen »hart, zum Teil auch sehr hart«. Herausgekommen sei aber eine sachgerechte und faire Lösung. Mit ihrer Übereinkunft seien sich die Kontrahenten zum richtigen Zeitpunkt einig geworden. Ein Konsens war vor allem mit Blick auf den Doppeltat 2010/11 dringlich; in diesen müssen zusätzliche Ausgaben eingearbeitet werden.

Zwei Drittel, ein Drittel

Mit Blick auf die Gesamtsumme im Südwesten von 1,3 Milliarden Euro jährlich für die Kinderbetreuung - ohne die Horte - bedeute die Aufstockung um 200 Millionen ein Plus von 16 Prozent, erläuterte der Regierungschef. Er kenne »kein anderes Land«, das momentan bei sin-

kenden Kinderzahlen so viel Geld zur Qualitätsverbesserung gebe.

Gemeindetags-Präsident Kehle nannte die Kostenverteilung einen »erträglichen Kompromiss«. Klar sei, dass manche Bestandteile des Orientierungsplans verschoben würden. Städtetags-Präsident Gönner meinte, mit Blick auf die nicht gerade rosige Finanzlage habe der Orientierungsplan nicht zur Gänze realisiert werden können.

Die Kostenaufteilung zu zwei Dritteln zulasten des Landes sowie zu einem Drittel für die Kommunen werde auch der Tatsache gerecht, wer die Veränderungen ausgelöst habe - nämlich das Land. Falls kein Kompromiss möglich gewesen wäre, hätte es laut dem Ulmer Oberbürgermeister Gönner »nur Verlierer« gegeben. (GEA)